Kreisstadt Bergheim Der Bürgermeister			Vorlage Nr.: 471/2025 öffentlich		
	Mitzeichnungen				
Dezernat: IV FBL: FBL 4	1.1				
AbtL: Herr Maus Verfasser/in: Herr Maus					

Vorgesehene Beratungsfolge	
Gremium	Datum
Rat	15.12.2025

TOP	Schriftliche Anfragen gem. § 15 Abs. 1 i.V.m. § 25 der Geschäftsordnung des Rates Schriftliche Anfrage der Frau StR Bettina Federlein vom 06.12.2025 zur Bearbeitungszeit bei Einbürgerungsanträgen

Jedes Mitglied ist berechtigt, schriftliche Anfragen, die sich auf Angelegenheiten des Gremiums beziehen, an die/den Vorsitzende(n) zu richten. Anfragen sind mindestens 5 volle Arbeitstage der Verwaltung vor dem Sitzungstag der/dem Vorsitzenden zuzuleiten. Der/die Fragesteller/-in darf jeweils bis zu zwei Zusatzfragen stellen. Eine Aussprache findet nicht statt. Die Beantwortung hat schriftlich zu erfolgen, wenn der/die Fragesteller/-in es verlangt.

Die form- und fristgerechten Anfragen sind der Vorlage beigefügt.

Frage: Wie viele Einbürgerungsanträge wurden seit Januar 2024 gestellt, wie viele wurden genehmigt, wie viele abgelehnt und wie viele davon sind aktuell noch nicht abgeschlossen?

Antwort: Auf der Warteliste zur Abgabe des Einbürgerungsantrages stehen 666 Personen. Seit 01.2024 wurden 128 Anträge auf Einbürgerung angenommen, 253 Personen eingebürgert und 23 Anträge abgelehnt. Aktuell befinden sich 162 Anträge in der laufenden Bearbeitung. Hiervon sind 133 Anträge ab dem 01/2024 gestellt.

Frage: Wie lang ist die derzeitige durchschnittliche Bearbeitungsdauer eines Einbürgerungsverfahrens?

Antwort: Eine durchschnittliche Bearbeitungsdauer kann aufgrund fehlender Daten nicht konkret mitgeteilt werden.
Die Bearbeitungsdauer ist jedoch abhängig vom Einzelfall. So gibt es Verfahren die vom Zeitpunkt der Antragsabgabe bis zur Einbürgerung 1 Monat dauern, andere Verfahren laufen über mehrere Jahre.

Frage: Sind die bestehenden Verzögerungen (auch) auf personelle Gründe zurückzuführen?
Falls ja:
a) Welche Maßnahmen hat die Verwaltung bereits ergriffen, um die Bearbeitungszeiten zu verkürzen?
b) Welche weiteren Maßnahmen sind geplant?

Antwort: Die bestehenden Verzögerungen sind auf eine stark gestiegene Nachfrage aufgrund einer Gesetzesänderung zurückzuführen. Die Voraufenthaltszeiten wurden durch die Gesetzesänderung verkürzt und es wurde die generelle Einbürgerung mit Hinnahme der Doppelstaatlichkeit eingeführt. Der Personalschlüssel in der Sachbearbeitung wurde nicht an die gestiegene Nachfrage angepasst.
a) Ausschreibung einer bisher unbesetzten Stelle, Digitalisierung des Aktenbestandes.
b) Einführung des OZG (Onlinezugangsgesetz) Produkt Einbürgerung zur Digitalisierung des Ablaufes

Die Frage 4 ist mit der obigen Mitteilung beantwortet.